

Liberaler Verkehrspolitik für eine mobile Bürgergesellschaft

Mobilität stärkt Freiheit, Eigenverantwortung und Flexibilität; Mobilität schafft Freiräume für persönliche und selbst verantwortete Lebensgestaltung. Schwerpunkte liberaler Verkehrspolitik sind ...

1. Verkehr als Wirtschaftsfaktor

Wirtschaftliche Entwicklung war schon immer eng an das Bestehen einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur geknüpft. Daneben ist die Verkehrswirtschaft selbst ein wichtiger eigenständiger Wirtschaftsbereich, die Verkehrsmittelproduktion trägt in Baden-Württemberg und Deutschland enorm zum Bruttosozialprodukt bei. Für die Sicherung und Entwicklung unserer Wirtschaftsstandorte sind leistungsfähige Anbindungen an Straße, Schiene und Wasserwege eine unverzichtbare Voraussetzung.

2. Mobilität im erweiterten Europa

Die FDP fordert ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Bewältigung der Verkehrsströme infolge der EU-Osterweiterung.

Dazu gehören ...

- der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrswege sowohl in der Ost-West wie auch in der Nord-Süd-Achse
- der unverzügliche Weiterbau von europäischen Verkehrsverbindungen, wie z.B. der Eisenbahntransversale Straßburg - Karlsruhe - Stuttgart - Ulm bis Bukarest mit dem Herzstück Stuttgart 21
- die Finanzierung von erweiterungsbedingten Infrastrukturmaßnahmen durch ein entsprechend ausgestaltetes Investitionsprogramm der EU
- dass Wettbewerb und Verkehrssicherheit auch bei unterschiedlichen technischen und sozialen Standards in den Mitgliedsländern gesichert sind.

3. Infrastruktur in Not

Die FDP fordert eine Konsolidierung und Stabilisierung der Verkehrsinfrastruktur im Lande.

Dazu gehören ...

- die Erstellung eines umfassenden Verkehrswegekatasters mit Informationen über Zustand, Belastungs- und Abnutzungssituation sowie Reparaturbedarf aller Verkehrswege
- ein Sofortprogramm zur Beseitigung von Engpässen und Störstellen in der überörtlichen Verkehrsinfrastruktur
- ein langfristig angelegtes Ausbauprogramm für die Schienenwege im Land unter gleichrangiger Berücksichtigung aller Infrastruktureigner und Verkehrsbetreiber
- die bedarfsgerechte Modernisierung der Neckarschleusen
- die Fortschreibung und Aktualisierung des Generalverkehrsplans Baden-Württemberg im Sinne eines landesweiten Mobilitätskonzepts als Grundlage für die Infrastrukturplanung.

4. Neue Finanzierungswege

Die Investitionsrückstaus in der Verkehrsinfrastruktur zeigen, dass es Bund, Ländern und Gemeinden künftig kaum gelingen wird, ihren Aufgaben in diesem Bereich nachhaltig gerecht zu werden. Wir fordern daher ...

- eine Neuausrichtung des Verkehrsinfrastrukturmanagements, die private Finanzierungsmodelle einbezieht in den Aus- und Neubau der bisher aus öffentlichen Haushalten dotierten Verkehrsinfrastruktur
- den Einsatz von professionellem Projektmanagement und Investitionscontrolling bei Planung, Finanzierung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben
- die grundsätzliche Umstellung von Steuer- und Haushalts- auf Nutzerfinanzierung, wobei die Einnahmen zweckgebunden für Ausbau, Erweiterung und Erhaltung eingesetzt werden müssen.
- Für die Straße bedeutet das, dass zeitgleich mit einer Absenkung der Mineralölsteuer eine Autobahnvignette auch für PKW eingeführt wird, deren Einnahmen zweckgebunden für den Straßenbau sind; die Straßeninvestitionen im Bundeshaushalt müssen deutlich gesteigert werden.

5. Verkehrssicherheit

Die FDP fordert eine Bündelung der Anstrengungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit nach dem Prinzip der Subsidiarität und im Sinne einer integrativen Strategie. Dazu gehören ...

- die Berücksichtigung der Verkehrssicherheit bei Investitionen in das Verkehrsnetz, auch unter Berücksichtigung der Belange von Motorrad- und Radfahrern sowie Inlineskatern
- die Entrümpelung des Verkehrsordnungs- und Verkehrsweisungsrechts
- die Ausrichtung der verkehrspolizeilichen Kontrollen an den Besonderheiten von Unfallschwerpunkten und örtlichen Engpässen
- die methodisch optimierte Verkehrserziehung in Kindergarten, Schule, Beruf und Freizeit
- die zügige Einführung des in der Schweiz schon seit Jahrzehnten bewährten „Führerschein mit 17“ bei begleitetem Fahren
- die Berücksichtigung der Tatsache, dass ältere Menschen etwa die Hälfte ihrer Wege als Fußgänger zurücklegen
- die Schaffung attraktiver Alternativangebote wie z.B. Disco- und Nachtbusse zur Verlagerung von Verkehren vom motorisierten Individualverkehr auf weniger unfallgefährdete Verkehrsträger.

6. Ressourcenverbrauch und Umweltschutz

Verkehr und Umweltschutz sind keine Gegensätze sondern sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Die FDP fordert die Modernisierung des Verkehrsplanungs- und Verkehrsordnungsrechts und die mobilitätsgerechte Optimierung der Verkehrsabläufe. Dazu gehören ...

- der Rückbau alter Straßenzüge im Umfeld neu trassierter Straßen
- die Entsiegelung von Abstellflächen für Straßenfahrzeuge und den Verzicht auf vollständige Versiegelung privater Parkflächen wo keine Umweltgefährdung zu befürchten ist
- Anreize für den Ersatz fossiler Kraftstoffe durch regenerative Energieträger im Verkehrsbereich
- die Verringerung der Abgasbelastung im Straßen-

verkehr durch Einsatz moderner Fahrzeugtechnik und Beschleunigung des Verkehrs

- die Anlage und Ausweisung vernetzter Radweg- und Inlinerangebote im Innerorts- und Nachbarschaftsbereich
- die umweltgerechte Neuordnung des ruhenden Verkehrs.

7. Mobilitätsmanagement als Daseinsvorsorge

Die FDP unterstützt alle Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Mobilität beitragen. Wir fordern ...

- die langfristige Sicherung der Mobilität von Personen und Gütern durch planerische, organisatorische und investive Maßnahmen
- die Beschränkung der Zuständigkeit des Bundes auf die tatsächlich dem Fernverkehr dienenden Straßen, d.h. auf Autobahnen und autobahnähnliche Bundesstraßen mit 4 Fahrstreifen und mehr
- die Verbesserung der Situation bei Parkplätzen an Fernverkehrsstraßen (z.B. ausreichend Aus- und Einfädelspuren, Erhöhung des Parkplatzangebots, zeitgemäße Ausstattung in Bezug auf Hygiene und Umweltauforderungen) vor allem in der Form privater Autohöfe
- die Intensivierung der Maßnahmen für barrierefreien Zugang und Nutzung des ÖPNV, damit in ihrer Mobilität eingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern die gleichberechtigte Teilhabe am mobilen Leben möglich wird
- die Überprüfung kommunaler Infrastrukturen auf Eignung für alle Generationen
- die flächendeckende Einrichtung von unter- und miteinander vernetzten Mobilitätszentralen
- die Förderung aller Formen des Car-Sharing sowie die Bereitstellung von Park- and Ride-Plätzen an den Knotenpunkten des Personenverkehrs.

Die ausführliche Version des Landeshauptausschussbeschlusses vom 16.10.2004 in Ludwigsburg mit seinen zwölf Schlussthesen finden Sie auf der Homepage www.fdp-bw.de.



Heiderose Berroth Mdl

stv. Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion,
Sprecherin für Verkehrs- und
Umweltpolitik

Telefon: 0711/2063649
Telefax: 0711/206314649
E-Mail: heiderose.berroth@fdp.landtag-bw.de
Internet: www.fdp-dvp-fraktion.de



Birgit Homburger MdB

Landesvorsitzende der FDP,
stv. Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion,
Sprecherin für Umweltpolitik
und Bürokratieabbau

Telefon: 030/22771209
Telefax: 030/22776782
E-Mail: birgit.homburger@bundestag.de
Internet: www.homburger.de



FDP Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 133
70197 Stuttgart
Telefon 0711/666 18 -0
Telefax 0711/666 18 12
E-Mail: fdp-bw@fdp.de
Internet: www.fdp-bw.de

Liberaler Verkehrspolitik

